

Inserate werden angenommen in Polen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Conf. H. Siles, Postleierant, Dr. Gerber- u. Breitelstr.-Ecke, Otto Ricksch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.

# Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Joh. Hoff, Ankerstr. u. Fogler A. G., G. J. Pande & Co., Invalidentenk. Verantwortlich für den Inzeratenthell: F. Slogkoff in Posen.

Ar. 88

Freitag, 5. Februar.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, am Montag und Mittwoch folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, am Sonntag und Feiertagen ein Mal. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,40 M. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen der Zeitung sowie alle Postämter des Reiches an.

Anzeigen, die sechsstelligen Postzettel oder deren Komma in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 25 Pf., in der Mittagsausgabe 15 Pf., an bezugslos Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Zur politischen Lage.

Ueber den Stand der Volksschulfrage läßt sich zur Zeit nur so viel sagen, daß immer noch Versuche zu einer Verständigung gemacht werden, ohne daß die Ansichten für ein Gelingen dieser Versuche sich gebessert haben. Was in dieser Beziehung bisher über die Unterhaltungen gelegentlich des parlamentarischen Diners beim Reichskanzler verlautet, giebt auch kein klares Bild von der Lage der Dinge. Es ist nicht abzusehen, wie die Beratungen in der Kommission zu einem gedeihlichen Resultat geführt werden könnten, wenn die Regierung nicht auf die Mitwirkung des Zentrums Verzicht leistet. Daß Letzteres nicht geschieht, erscheint aber viel wahrscheinlicher, als daß die Mitwirkung der Nationalliberalen noch auf irgend eine Weise ermöglicht wird.

Der Reichskanzler sowohl wie der Kultusminister haben mit vollster Bestimmtheit versichert, daß die Umarbeitung des Gopler'schen Entwurfs im Sinne der Windthorst'schen Schulentwürfe keineswegs in der Absicht erfolgt sei, die Unterstützung des Zentrums bei den für den nächsten Herbst in Aussicht gestellten Militärvorlagen zu erkaufen, und wir haben keinen Grund, die Aufrichtigkeit dieser Versicherungen, so sehr auch der Schein gegen sie ist, in Zweifel zu ziehen. Um so schärfer wird aber dann freilich das Urtheil über eine Politik ausfallen müssen, welche den Bestrebungen der katholischen und evangelischen Hierarchie, die Volksschule in ihre Hand zu bringen, die Wege bahnt und dadurch einen Bruch mit der ganzen geschichtlichen Entwicklung des Volksschulwesens in Preußen vollzieht.

Graf Caprivi hat letzten Sonnabend im Abgeordnetenhaus gesagt, es sei nun einmal seine persönliche Auffassung, das Verhältnis von Schule und Kirche so zu regeln, wie es in dem Gesetzentwurf versucht sei. Man könne ihm nicht zumuthen, daß er seine Auffassung aufgeben, weil er Ministerpräsident sei. Im Gegentheil, es sei seine Pflicht, seine persönliche Auffassung, soweit möglich, zur Geltung zu bringen. Mit dem Ministerpräsidenten über seine persönlichen Anschauungen zu streiten, ist nicht unsere Sache, unserer Meinung nach aber ist es die Pflicht eines Staatsmannes, vor allen Dingen zu prüfen, inwieweit seine persönliche Auffassung in schwerwiegenden Fragen der Gesetzgebung mit den bestehenden Verhältnissen und der im Volke herrschenden Meinung übereinstimmt. Daß im vorliegenden Falle zwischen der persönlichen Auffassung des Ministerpräsidenten und des Kultusministers auf der einen und der großen Masse des gebildeten Bürgerthums auf der anderen Seite ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, das bedarf keines näheren Nachweises. Daß aber trotz dieser Sachlage der Versuch gemacht werde, dem Volke den den Auffassungen des Grafen Caprivi und des Grafen Zedlitz entsprechenden Volksschul-Gesetzentwurf zu oktroyiren, ist die Hoffnung und der Wunsch der konservativ-kerikalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Wenn von Seiten der Regierung an die Möglichkeit gedacht wird, den Entwurf im weiteren Verlaufe der parlamentarischen Verhandlungen so umzugestalten, daß derselbe gleichzeitig für das Zentrum und die Nationalliberalen annehmbar wird, so stehen wir diesem Versuch durchaus ungläubig gegenüber. Dieses Werk zu Stande zu bringen, ist ungefähr ebenso leicht, wie der Nachweis der Quadratur des Kreises. Die kirchenpolitischen Gegensätze, wie sie durch die bloße Vorlegung des Volksschulgesetzes in schärfster Weise wieder hervorgetreten sind, lassen sich nicht durch künstliche Formulirung von Gesetzesparagrafen ausgleichen. Sie können nur abgezwängt und gemildert werden, indem man den Streit der Parteien sich selbst überläßt und vorsichtig Alles vermeidet, was denselben schärfer anfauchen kann.

Die Schwere und Größe des Kampfes, welcher jetzt entbrannt ist, rechtfertigt es, wenn wir uns bemühen, unsere Leser über die Weiterentwicklung desselben fortdauernd auf dem Laufenden zu erhalten und immer wieder auf die kaum hoch genug zu veranschlagende Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage aufmerksam zu machen. Jede kleine Schwankung in der politischen Konstellation ist ja von Bedeutung. Freilich darf man über derartigen Schwankungen nicht vergessen, daß im Großen und Ganzen die Lage immer noch dieselbe ist, wie bei dem Abschluß der Generaldebatte über die Vorlage, und daß sie wohl auch noch für längere Zeit unverändert bleiben wird.

Man muß sich auf einen ziemlich langen Entwicklungsprozeß mit allerlei Zwischenfällen und Rückschlägen gefaßt machen und dabei besonders im Auge behalten, daß die Parteien bei aller Bereitwilligkeit zu Verhandlungen doch von ihren Grundanschauungen nichts Wesentliches werden aufgeben

können und wollen. Das Ungewisse, das der Situation anhaftet, kommt mehr auf Rechnung der taktischen Auserklichkeiten als der eigentlichen und grundsätzlichen Stellungnahme der Parteien.

## Deutschland.

△ Berlin, 4. Febr. Ein Dementi der Nachricht, daß der Kultusminister Graf Zedlitz den Volksschulgesetzentwurf ganz oder theilweise der Fuldaer Bischofskonferenz unterbreitet und deren Gutachten darüber eingefordert habe, findet sich heute in einem Organe, das sonst keine Beziehungen zur Regierung hat. Wir glauben an das Dementi aus formellen Gründen. Aber eine Verständigung des Kultusministers mit katholischen Häuptern, unter denen Fürstbischof Kopp ausdrücklich genannt wurde, kann trotzdem stattgefunden haben. Dementis der erwähnten Art beruhen auf dem Wunsche, die Regierung von den Kerikalen wieder zu trennen, und eben dieser Wunsch ist auch der Vater der Hoffnung, der Volksschulgesetzentwurf werde in der Kommission begraben bleiben, oder das Gesetz werde zuletzt an einer Meinungsverschiedenheit der beiden Häuser des Landtags scheitern. Da kennt man denn doch Kerikale und Kreuzzeitungs-Konservativen schlecht. Die Schmieden des Eisen, so lange es noch warm ist, und sie sind ganz mit dem Abgeordneten Ricker einig in der Meinung: Eine so günstige Zeit (für die Kerikalen) kommt nie wieder.

— Die „Hamb. Nachr.“ besprechen heute im Leitartikel die Behandlung der Karolinen-Frage durch den Fürsten Bismarck im Jahre 1885, die sie „eine der dankenswerthesten Leistungen des Fürsten Bismarck“ nennen, für die er den Dank des Vaterlandes beanspruchen könne. Die „Nachsichung des päpstlichen Arbitriums“ habe zwei große Vortheile gebracht, es seien dadurch „zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen“ worden. Einmal sei es „geschickt“ gewesen, dem katholischen Spanien einen Schiedsrichter vorzuschlagen, dem es sich fügen konnte, und sodann habe Fürst Bismarck im Papst eine „Potenz“ für sich gewonnen, „deren Wirksamkeit gegenüber den inländischen Jesuiten ins Gewicht fiel.“ Von diesen beiden Argumenten ist das erste logisch und das zweite thatsächlich verkehrt. Weiter rechnet es der Artikel dann, wie es scheint ausschließlich, dem Fürsten Bismarck als Verdienst an, daß wir zwanzig Jahre lang Frieden behalten haben, und glauben, daß „die Wirkung dieser Politik auch heute noch den Frieden erhalte.“ Wir werden noch Gelegenheit haben, auf den Artikel zurückzukommen.

— In Mecklenburg hat eine statistische Aufnahme der Löhne der ländlichen Arbeiter auf Veranlassung der preussischen Regierung stattgefunden. Es ist hiernach wohl anzunehmen, daß diese von der preussischen Regierung veranlaßt oder richtiger wohl nur angeregte Enquete sich auf andere oder die anderen deutschen Staaten erstreckt hat. Für die Postalgelöhner wurde ein durchschnittliches Koh-Einkommen von 1089 Mark 30 Pfennig ermittelt, oder abzüglich der Ausgaben von 349 M. 20 Pf. angenommen ein Reineinkommen von 740 M. 10 Pf. Das scheint uns ein Wenig zu hoch gegriffen. — Die Landgemeindeordnung knüpft bekanntlich das Gemeindefuhrrecht an den Besitz eines besteuerten Einkommens von 660 Mark jährlich. Man hat bei der Beratung hervorgehoben, daß wohl in kleinen ländlichen Gemeinden durch diese Bedingung ein großer Theil der Einwohner des Stimmrechts verlustig gehen werde, daß dagegen in Industriedörfern, größeren Landorten, Vororten der Städte die große Mehrzahl wohl ein Mindesteinkommen von 660 M. besitze. Rixdorf, ein Ort mit mehr als 21 000 Einwohnern, bietet einen Beleg, daß jene Annahme doch nicht überall zutrifft. Der größere Theil der Steuerzahler hat hier nicht das Wahlrecht, weil sie mit weniger als 660 M. zur Steuer geschätzt sind. Mit diesem Umstande motiviren es die Sozialdemokraten, daß sie sich in Rixdorf nicht an den Kommunalwahlen betheiligen wollen, im Gegensatz zu dem sonst jetzt allgemein gewordenen Brauch, überall zu wählen und sei es auch nur um der Agitation willen.

— Zu dem Erlaß des Prinzen Georg in seiner Eigenschaft als kommandirender General des 12. Armeekorps über Soldatenmißhandlungen, schreibt die „Kreuzztg.“: Man würde sich nur freuen können, wenn das Aktienstück mit seinen erschütternden thatsächlichen Mittheilungen unecht wäre, und in Wahrheit kein Anlaß zu einem so ernsten Eingreifen der obersten Kommando-Behörde vorgelegen hätte. Von Dresden aus ist aber bis jetzt keine Erklärung darüber erfolgt, und der „Vorwärts“ behauptet heute noch ausdrücklich, daß er sich genügend der Echtheit versichert habe, ehe der Abdruck bewerkstelligt sei. So wird die Verfügung gewiß auch bei den Reichstagsverhandlungen über den Militäretat eine Rolle

spielen.“ Der „Vorwärts“ selbst bemerkt noch: „Das Schreiben des Oberbefehlshabers der sächsischen Armee ist von dem menschenfreundlichsten Geiste durchhaucht, und wir wissen auch, daß dieses Schreiben kein vereinzelter Akt war, und daß Instruktionen genau in demselben Geiste von „höchster Stelle“ auch für die preussische und bayerische Armee ergangen sind.“

— Zur Bennigsen-Miquel-Frage schreibt das „Berl. Tagebl.“: Auf die Fraktionsverhältnisse der nationalliberalen Partei wirft eine Thatsache ein eigenthümliches Licht, welche wir als vollkommen verbürgt melden können. Von seiner Absicht, alle liberalen Elemente zum gemeinschaftlichen Kampfe aufzurufen, hat Herr v. Bennigsen den Fraktionsgenossen vorher kein Wort gesagt, so daß die bedeutsame taktische Wendung auf dieselben mit der Kraft einer vollendeten Ueberraschung wirkte. Ein Theil seiner Fraktion hat Herr v. Bennigsen mit diesem Mahnruf allerdings aus dem Herzen gesprochen, die Anderen dagegen setzte er in einige Verlegenheit. Was Herrn Miquel betrifft, so liegt sein Abschiedsgesuch unerledigt beim Kaiser. Daß der Finanzminister seine Entlassung nimmt, wird immer weniger wahrscheinlich. Der Kaiser wünscht ihn im Amte zu behalten und möchte überhaupt nicht, daß das Volksschulgesetz gegen das liberale Bürgerthum zu Stande kommt. Es wird deshalb nach Kompromissen gesucht, um den Nationalliberalen eine Brücke zu bauen, auf welcher sie zur Annahme des Gesetzes gelangen. — Bemühungen, welche Herr Miquel unterstützt. Die Optimisten unter den Nationalliberalen glauben, daß das Gesetz überhaupt nicht zu Stande kommen werde.

— Das Staatsministerium soll sich in seinen letzten Sitzungen u. A. mit dem Sekundärbahngesetz beschäftigt haben. Neben den gesetzgeberischen Aufgaben liegen ihm auch solche organisatorischer Art vor. So wird in Bezug auf eine vom Herrenhause auf Antrag des Grafen Frankenberg gefaßte Resolution betreffend eine zweckmäßigere Organisation der Behörden für Wasserwirthschaft in der bezüglichen Zusammenstellung der Entschliessungen der Staatsregierung mitgetheilt, daß Erörterungen über diese Organisation und die Prüfung der bei dem Wasserbau beobachteten Methoden stattfinden, aber noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Auch diese Fragen der Wasserwirthschaft sollen das Staatsministerium zur Zeit beschäftigen.

— Zur dritten Beratung des Krankenkassengesetzes sind jetzt die ziemlich umfangreichen Kompromißanträge der Herren Gutfleisch, Merbach, Möller, v. d. Schulenburg-Beegendorff, v. Strombeck, also von Vertretern aller großen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten erschienen. Man wird nunmehr auf Grundlage dieser Anträge einer raschen Erledigung des Gesetzentwurfs entgegensehen dürfen, voraussichtlich bereits in nächster Woche.

— Die Redaktion des „Figaro“ in Paris hat brieflich den Abgeordneten Eugen Richter um seine Ansicht gebeten über die Frage der Abtretung, des Austausches oder der Neutralisirung von Elsaß-Lothringen u. s. w. Anscheinend sind dieselben Fragen noch an andere deutsche Abgeordnete gerichtet worden. Abg. Richter ertheilt dem „Figaro“ in der „Freis. Ztg.“ den Bescheid, daß für ihn überhaupt eine elsass-lothringische Frage seit dem Friedensschluß von 1871 nicht vorhanden ist.

— Ueber die Ergebnisse der Selbsteinschätzung nach dem neuen Einkommensteuergesetze läßt sich augenblicklich noch keine Uebersicht gewinnen. Doch hat es den Anschein, als ob wenigstens in den Städten und besonders des Westens die Einschätzung außerordentlich viel höhere Ergebnisse bringen wird. So wird aus Düsseldorf gemeldet, daß dort, wo bisher nur fünf Millionäre als solche Steuern zahlten, nach der Selbsteinschätzung sich nicht weniger als 105 Millionäre ergeben haben, darunter 46 Thaler-Millionäre. Aehnlich ist die Zahl der Millionäre in Duisburg von zwei auf zweihundertdreißig gestiegen. In Frankfurt a. M. soll das Mehr an Einkommensteuer 3 1/2 Millionen betragen. Auch in Stettin wird die Einschätzung der „Ostsee-Ztg.“ zufolge gegen früher ein Mehr von 40—50 Proz. ergeben.

— Die wichtigsten Bestimmungen des dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden, aus dem wir bereits einen Auszug mitgetheilt haben, lauten folgendermaßen:

§ 1. In denjenigen Stadtgemeinden, in welchen die örtliche Polizeiverwaltung ganz oder theilweise von einer königlichen Behörde geführt wird, bestreitet der Staat alle durch diese Verwaltung entstehenden Ausgaben einschließlich der Kosten für das Nachwachtwesen und erhebt, unbeschadet der Bestimmung des § 7. Absatz 3. des Gesetzes vom 23. April 1883 — Gesammml. S. 65. — alle mit dieser Verwaltung verbundenen Einnahmen. Zu den Ausgaben tragen nach Maßgabe der Kopfzahl der Zivilbevölkerung jährlich bei: a. die Stadtgemeinde Berlin a. 250 M., b. die Stadt-



## Frankreich.

Paris, 1. Febr. Wie sich jetzt herausstellt, scheinen die Sperrzölner ernstlich geglaubt zu haben, daß die Zwischenhändler sich darauf beschränken werden, die Preise ihrer Waaren um den genauen Betrag der neuen Zölle zu erhöhen, so daß der Käufer bei vielen Gegenständen die Preissteigerung gar nicht merken würde, wenn er einigermaßen zerstreut wäre. Natürlich war eine solche Annahme sehr kindlich und setzte äußerst geringe Kenntnisse der Menschennatur im allgemeinen und der Gewohnheiten französischer Geschäftsleute im besonderen voraus. Die Zwischenhändler haben sich, wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird, beeilt, die Preise auf der ganzen Linie, zum Theil sehr ansehnlich in die Höhe zu schrauben. Sie machen dabei keinen Unterschied zwischen den Waaren, deren Zoll stark erhöht wurde, und jenen, die vom neuen Tarif beinahe oder ganz unberührt geblieben sind. Auch daß sie sich in den letzten Tagen auf Monate hinaus mit Vorräthen versehen haben, für die sie bloß den alten Zoll bezahlten, hält sie nicht ab, ihren Käufern sofort das Fell über die Ohren zu ziehen. Die Hausfrauen, die heute bei den Schlächtern das Pfund Hammelfleisch um 15 Centimes (12 Fennig) theurer bezahlen mußten als gestern, sind wüthend und verwünschen Herrn Melme und seine Anhänger in Kammer und Senat. Und dieselbe Erfahrung, die das Publikum schon heute beim Schlächter gemacht hat, wird es nun der Reihe nach beim Bäcker, Weinhändler, Schneider, Hemdmacher, Schuster u. s. w. machen müssen. Die Sperrzölner sind hierüber sehr beunruhigt. Sie fürchten mit Recht einen Ausbruch des Volkswillens, der so stark werden könnte, daß es Regierung und Parlament zwingen würde, das ruchlose Werk der letzten zwei Jahre mit einem Federstich zu zerstören. Sie suchen deshalb die Verantwortlichkeit für die allgemeine Theuerung von sich abzuwälzen. Sie waschen ihre Hände in Unschuld und Klagen die Zwischenhändler an. Sie allein sind die Sünden! Sie allein prälen das Publikum! Gegen sie soll sich der Zorn des Volkes richten! Es ist wahr: man kann von den französischen Zwischenhändlern nicht schlecht genug sprechen. Aber ihre neue Gaunerei wäre nicht möglich gewesen, wenn die Sperrzölle ihnen nicht den Vorwand zu ihr geliefert hätten.

## Belgien.

\* Wegen des königlichen Referendumsrechts in Belgien droht ein ernster Streit zwischen dem Könige und dem Ministerium einerseits und dem Parlamente andererseits auszubrechen. Der König will die bevorstehende Verfassungsänderung benutzen, um die königliche Gewalt dahin zu erweitern, daß der Monarch das Recht haben soll, von irgend einem Parlamentsbeschlusse auf dem Wege des Referendums an die Wählerenschaft zu appelliren. Nach beglaubigten Meldungen erklärte der König gegenüber dem Minister-Präsidenten Beernaert, daß er der Verfassungsrevision seine Zustimmung nicht ertheilen könne, falls nicht seine eigene Machtstellung entsprechend verstärkt würde. Das Ministerium hat sich der Anschauung des Monarchen einstimmig angeschlossen, findet aber mit dem Referendum sowohl bei seinen katholischen Parteifreunden wie bei den Liberalen scharfen Widerstand. Bezeichnend für die gegenwärtige parlamentarische Lage in Belgien ist ein Artikel des verbreitetsten ultramontanen Blattes in Belgien, das „Patriote“. Der Artikel wendet sich in ungewohnt heftiger Form gegen jede Verstärkung der Königs Gewalt und erklärt rundweg, die katholische Partei würde das Ministerium Beernaert, falls es auf seiner Forderung bestände, einfach kürzen. In eben so scharfer Weise hat sich der einflussreiche ultramontane Parteiführer Woeste gegen das Referendum ausgesprochen mit der Betonung, das Ministerium werde mit dieser Forderung sein eignes Todesurtheil unterzeichnen.

## Großbritannien und Irland.

\* London, 1. Febr. Der konservative „Standard“ schreibt zur bevorstehenden Parlamentssession: „Wir sind heute in der Lage die Mitteilung zu veröffentlichen, daß der Leiter des Unterhauses den Abgeordneten sofort nach ihrem Zusammentreten die jetzt in allen Einzelheiten fertiggestellte irische Ortsverwaltungs-Bill vorlegen wird. Wir beileben uns jedoch, gleichzeitig hinzuzufügen, daß Mr. Balfour die zweite Lesung der Bill erst einige Wochen später, möglicherweise erst nach Ostern, vornehmen wird. Die Regierung verfolgt, indem sie diesen Zwischenraum gestattet, einen doppelten Zweck. Erstlich wünscht der Urheber und Kämpfer der Vorlage, welcher Natürlich der erste Lord des Schachamts Balfour ist, dem Volk Gelegenheit zu geben, die Bill durch und durch kennen zu lernen und erschöpfend zu erörtern. Das zweite Motiv, welches die Regierung zu dieser Entscheidung beeinflusst, ist der Wunsch, oder richtiger gesagt, der Entschluß, zu verhindern, daß Parteiostrukturen in dieser letzten Session des jetzigen Parlaments das Land der Vortheile anderer speziell England näher berührender Vorlagen beraube, welche die Legislatur ohne Zeitverlust annehmen sollte. Der erste wichtige Antrag, mit welchem sich das Unterhaus zu befassen haben wird, ist eine landwirtschaftliche Kleinrentenbill.“

## Amerika.

\* Ein außerordentlicher Vorfall wird aus Bridgeport im Staate Connecticut berichtet. Der britische Schoner „Glendon“ traf am Sonntag daselbst von St. John in New-Brunswick ein und zog die britische Flagge am Mast auf, obwohl ein amerikanisches Geleitz bestimmt, daß ausländische Farben, wenn sie in einem amerikanischen Hafen entfalteten, immer von den Sternen und Streifen der Unionsflagge begleitet sein müssen. Die Verletzung dieser Vorschrift erregte sofort allgemeine Aufmerksamkeit, und eine erregte Menge sammelte sich am Quai, welche dem Kapitän zurief, die Flagge herunterzuholen. Der Schiffer, Mr. Trombridge, weigerte sich indessen, dem Ansinnen nachzukommen, und bedrohte jeden, welcher dem Mast zu nahe kommen würde, mit seinem Revolver. Die Menge hatte inzwischen weitere Verstärkung erhalten und zählte etwa 1000 Mann, darunter 75 unbewaffnete Milizsoldaten. Diese letzteren versuchten nun, das Schiff zu entern und die britische Flagge herabzureißen, wurden jedoch von der mit Schießwaffen ausgerüsteten Mannschaft von ihrem Vorhaben zurückgehalten. Ein in der Nähe liegender Schoner zog unter dem Jubel der Bevölkerung die amerikanische Flagge auf, doch wechten noch spät Abends die britischen Farben am Mast der „Glendon“. Ob das Volk seine Drohung, sie gewaltsam zu entfernen, ausgeführt hat, ist nicht bekannt. — Die italienische Regierung hat der amerikanischen Regierung ein Verzeichnis der Familien überhandt, für welche infolge der Lynchaffäre von New-Orleans Entschädigung verlangt wird. Es heißt, daß die Behörden in Washington den Zwischenfall so schnell wie möglich beilegen wollen, worauf die italienische Regierung einen Gesandten nach der amerikanischen Bundeshauptstadt an Stelle Baron de Favas senden würde. Dieser letztere selbst wird einen anderen diplomatischen Posten erhalten.

## Polen.

Wien, den 4. Febr.

\* Im Wahlkreise Samter, Birnbaum, Schwerin a. B. findet demnächst die Erstwahl für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Kiepert-Marienselde statt.

In diesem Wahlkreise haben früher die deutschen Wähler wiederholt einen Kompromiß geschlossen, auf Grund dessen neben einem Vertreter der konservativen Partei ein Freisinniger gewählt wurde. Bei der letzten Landtagswahl ist dieser Kompromiß nicht zu Stande gekommen, und es ist hauptsächlich in Folge mangelnder Organisation, den Freisinnigen auch nicht gelungen, einen Kandidaten ihrer Partei durchzubringen. Daß dies aber möglich ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Konservativen scheinen auch diesmal, vielleicht im Vertrauen auf polnische Unterstützung, selbständig vorgehen zu wollen. Man schreibt uns darüber unter dem 3. d. M. aus Birnbaum:

„In der gestern in Birnbaum stattgehabten Generalversammlung des dortigen konservativen Vereins wurde der königliche Landrath Dr. v. Willich zum Kandidaten an Stelle des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Kiepert proklamirt. Als Kandidat der Liberalen sowie der Mittelparteien wird Herr Schulz-Bojossen genannt, welcher sich ev. zur Annahme der Wahl bereit erklärt hat. Derselbe besitzt im Schweriner Kreise die Rittergüter Brittsch und Gorai. — Nach dem bekannten alten Kompromiß wäre für Herrn Kiepert wieder ein liberaler Nachfolger zu wählen, da der konservative Abgeordnete, Herr Sasse-Dittorow, noch in Funktion ist und dem Samterischen Kreise angehört.“

In derselben Angelegenheit schreibt unser Korrespondent in Samter unter dem 3. d. Mts.:

„Ueber das Ergebnis der Versammlung in Birnbaum verlautet hier noch nichts Bestimmtes. Es wird erwartet, daß demnächst auch in den übrigen Wahlkreisen in ähnlicher Weise vorgegangen werden wird, wobei eine Verständigung der liberalen und konservativen Wähler untereinander schon im Interesse des Deutschthums erwünscht wäre. Nach Lage der Verhältnisse ist aber eine Verständigung nur dann zu erwarten, wenn die Konservativen den Liberalen bei dieser Wahl entgegenkommen und vielleicht einem Freisinnigen die Stimme geben. Diese Forderung wäre schon darum nicht ungerechtfertigt, weil bis zur letzten Wahlperiode dieser Wahlbezirk mehrere Male hintereinander von einem freisinnigen Abgeordneten und zwar vom Landgerichtsdirektor Jensen in Ditrow vertreten war, einem Manne, der jüngst erst mit einem Orden geschmückt wurde, was wohl deutlich beweist, daß auch den Freisinnigen Verdienste um das Wohl des Vaterlandes nicht abgesprochen werden können. Die Niederlage der Liberalen bei dem letzten Wahlkampfe war lediglich auf die zufällige Abwesenheit mehrerer Parteianhänger aus Schwerin a. B. zurückzuführen. Sollten aber die Konservativen ein oben angeführtes Zusammengehen mit der liberalen Partei ablehnen resp. auf die Verbindung der letzteren nicht eingehen, so wird diese in die Lage kommen müssen, selbständig vorzugehen, um sich den Sieg zu sichern. Das sollten doch die Konservativen überlegen und bedenken, daß die Zahl der freisinnigen Wahlmänner angesichts der jüngsten Vorgänge im Abgeordnetenhaus sich eher vermehren als verringern dürfte, und daß dieses Mal auch die Schweriner Parteigenossen bis auf den letzten Mann im Wahllokal erscheinen werden.“

Die Hoffnung auf Verständigung mit den Konservativen zu Gunsten einer freisinnigen Kandidatur ist unserer Meinung nach ausgeschlossen. Die Freisinnigen im Wahlkreise werden wohl daran thun, der früher gemachten Erfahrungen eingedenk zu bleiben und nicht durch aussichtslose Verhandlungen kostbare Zeit zu verlieren, sondern rasch und energisch an die Aufstellung eines Kandidaten ihrer Partei zu gehen, so wie es die Konservativen in Birnbaum bereits gethan haben.

d. Bei der Aufführung von Sudermanns „Ehre“ im hiesigen polnischen Theater ist der Name „Otto Schönhäuser“ an Stelle des Namens Michalski, wie der „Dziennik Pozna.“ versichert, von der hiesigen Theater-Direktion nicht willkürlich eingefügt worden.

Die polnische Uebersetzung des Stückes ist von Krakau, wo das Stück schon früher aufgeführt worden ist, hierher gelangt, und da ist dann der Name unverändert so geblieben, wie er in der Krakauer Uebersetzung enthalten war; sogar die hiesige Theater-Censur (?) habe in dieser Uebersetzung des Namens keine Anspielung gefunden. Erst, als die Theater-Direktion darauf aufmerksam gemacht wurde, hat sie bei der Wiederholung des Stückes den ursprünglichen Namen, wie er in dem Sudermannschen deutschen Stücke enthalten ist, wieder hergestellt.“

Wir haben keinen Grund, in die Richtigkeit dieser Angaben Zweifel zu setzen und nehmen daher die Bemerkungen zurück, welche wir in unserer gestrigen Mittags-Ausgabe mit Bezug auf die Leitung des polnischen Theaters gemacht haben.

\* Personalien. Herr Polizei-Kommissarius Eisenblätter, Vorsteher des 5. Polizeireviers (Wallische u. s. w.) ist vom 1. März d. J. ab nach Danzig und der Polizei-Kommissarius Schulz aus Danzig von demselben Tage ab hierher versetzt worden.

\* Als Vertreter des Rabbinats der hiesigen israelitischen Gemeinde haben Herr Rabbiner Dr. Feilschfeld und die beiden Rabbinats-Mitglieder heute Vormittag 11 Uhr dem Herrn Erzbischof einen Besuch gemacht.

\* Vortrag. Im Verein junger Kaufleute hatte die am Dienstag Abend in Saale von Sterns Hotel äußerst zahlreich erschienene Zuhörerschaft Gelegenheit einen in Posen wohlbekannten und beliebten Gast, die Rezitatorin Fräulein Olga Morgenstern wiederum zu begrüßen. Wer wie Schreiber dieser Zeilen an verschiedenen Orten und unter verschiedenen Verhältnissen Gelegenheit hatte, die liebenswürdige Künstlerin zu hören und den Eindruck, den ihre Vorträge auf den empfindlichsten Theil ihres Publikums machten, zu beobachten, wird zugestehen müssen, daß die Verdienste Fräulein Morgensterns noch ganz andere sind als etwa bloß die, dem erlesenen Publikum einen genureichen Abend bereitet zu haben. Gleich dem Schauspieler hat auch der Rezitator die Aufgabe, die Werke des Dichters dem großen Publikum so zu vermitteln, daß dasselbe im Stande ist, auch die dem Dichterverke zu Grunde liegenden unausgesprochenen Gedanken und Empfindungen zu verstehen und so erst den vollen Gehalt der Dichtung in sich aufzunehmen. Die Mittel aber dies zu bewirken sind für den Rezitator ungleich beschränkter als für den Schauspieler. Schon der Eindruck einer sprechenden Mimik kommt bei dem Ersten fast ganz in Wegfall, auf eine Unterstützung durch szenische Effekte, welche gerade für den weniger gebildeten Geschmack so oft ausschlaggebend sind, muß jener gänzlich verzichten. Darum wird auch der Mahnen, innerhalb dessen der Rezitator Ersparliches leisten kann, ein ungleich beschränkter als bei der Bühnendarstellung sein müssen. Und da hier die deklamatorische Wirkung Alles thun muß, so sind für ein weibliches Organ die natürlichen Grenzen des Schönen noch enger gezogen. Dafür besitzt nun Fräulein Morgenstern ein feines Gefühl, sie hält sich streng innerhalb der Grenzen, auf die ihr Talent sie hinweist, dafür bewahrt sie sich hier aber auch als echte Künstlerin. Wer ihre Interpretation unserer modernen Epiker einmal mit aufgeschlossenem Empfinden

angehört hat, wird das Interesse daran so leicht nicht wieder verlieren, und wir sind überzeugt, daß es oftmals ihr Hauptverdienst ist, wenn in manchem Salon und in mancher Bibliothek die Werke Wolke, Baumbachs und anderer einen Ehrenplatz einnehmen. Freilich stellen derartige Vorträge auch größere Anforderungen an die Sammlung und das Verständnis der Zuhörer, sie setzen eine gewisse Reife des Urtheils und eine Kenntniß der Literatur voraus, wie sie leider auch in unseren gebildeten Kreisen noch nicht jedermanns Sache sind. Auch am Dienstag Abend legte Fräulein Morgenstern eine gelungene Probe ihres tüchtigen Könnens ab. Sie beherstet mit vollkommener Sicherheit ihr nicht starkes aber sehr wohlklingendes Organ, die Sprache bleibt auch im Affekt edel und klar. Der ganze Vortrag ist voll tiefer, wahrer Empfindung, ohne irgendwie Maniertheit oder schwächliche Sentimentalität zu zeigen. Am besten gelangen der Dame lyrische Schilderungen, während bei der Wiedergabe der männlichen Sprache im höchsten Affekt ihre Kraft nicht immer zureicht. Nur wollte uns der Vortrag, besonders bei dem überfüllten Saale, etwas zu lang erscheinen, um die Aufmerksamkeit der Zuhörer ununterbrochen festhalten zu können. Jedenfalls aber war es auch diesmal ein genureicher Abend, den Fräulein Morgenstern den Posenern bereitet hat und wir hoffen die hier allgemein beliebte Künstlerin in Wäde wieder einmal in unrer Stadt begrüßen zu können. B—r.

\* In der hiesigen königl. Baugewerkschule wurde heute dem Schüler der 4. Klasse D. Lange aus Trautstadt in Gegenwart der Lehrer und Schüler die demselben verliehene Erinnerungs-Medaille für Rettung aus Gefahr von Herrn Direktor Spejler mit einer Ansprache überreicht.

br. Sonntagssruhe im Handelsgewerbe. Die für gestern Abend vom Kaufmännischen Verein „Merkur“ (Kreisverein im Verbande deutscher Handlungsgesellschaften) einberufene öffentliche Versammlung zur Berathung über die „Sonntagssruhe“ war von etwa 110 Herren, Vertretern der meisten Handelsgewerbe, Geschäften und Prinzipalen, besucht. Der Vorsitzende Herr Reichmüller erstattete zunächst ein längeres Referat über den Gegenstand und eröffnete dann die Diskussion, an welcher Vertreter sich der verschiedensten Gewerbe auf das lebhafteste beteiligten. Es wurde endlich beschlossen, die Ergebnisse der Verhandlungen in einer Petition dem Herrn Regierungspräsidenten zu unterbreiten. Zum Zwecke der Abfassung dieser Petition, welche zur Sammlung von Unterschriften öffentlich ausgelegt werden soll, ist zunächst eine Kommission bestehend aus den Herrn Biegler, Neuhab, Weiß und Reichmüller gewählt worden.

d. Behufs Hebung des polnischen Gewerbes in Westpreußen fand am 31. v. Mts. in Graudenz eine polnische Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Paczowski statt; in derselben wurde zunächst über die Abhaltung eines polnischen Gewerbetages berathen, auf welchem die Angelegenheit weiter erörtert werden soll, und zu welcher nicht allein polnische Gewerbetreibende, sondern auch Kaufleute, Landleute u. c. eingeladen werden sollen; diese Versammlung wird am 3. Juli in Kulm stattfinden.

— Der Provinzial-Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und Korrigenden hielt am 28. Januar d. J. seine ordentliche Monats-Sitzung ab. Eingegangen war das 7. Jahrbuch der Gefängniß-Gesellschaft für die Provinz Sachsen und das Herzogthum Anhalt, sowie mehrere Gesuche von Handwerkermeistern um Ueberweisung jugendlicher Personen als Lehrlinge. Von den 5 vorliegenden Fürsorgeangelegenheiten sind 4 Anträge durch Vermittelung von Stellungen erledigt, der 5. Antrag soll den Zweigvereinen mitgetheilt werden. Der fertiggestellte Entwurf auf Abänderung der Statuten des Provinzialvereins sowie das Ergebnis aus den Gutachten der Zweigvereine bezüglich der Errichtung einer Centralstelle für Arbeitsnachweis wurde vorgelesen und sollen beide Gegenstände der Generalversammlung zur Entscheidung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

d. Der hiesige polnische Verein zur Unterstützung lernender Mädchen hat im Jahre 1891: 4806 M. gewöhnliche Einnahmen aus den Kreisen, 2078 M. außergewöhnliche Einnahmen gehabt; der Bestand des eitelnen Fonds ist von 5750 M. am Ende des Jahres 1890 auf 6979 M. am Ende d. J. 1891 angewachsen. Von dem Vereine wurden 61 Mädchen mit einem Gesamtaufwande von 6783 M. unterstützt.

br. Das Komite der hiesigen Herberge zur Heimath hat in seiner letzten Sitzung am Dienstag den Beschluß gefaßt, die zur Ausstattung und Einrichtung der Herberge nöthigen Möbel, Betten, Wäsche und anderen Gegenstände sämtlich hier in Posen zu kaufen. Das Komite muß also doch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß diese Gegenstände hier ebenso gut und preiswerth zu beschaffen sind, wie von auswärts her.

br. Der Wasserstand der Warthe betrug heute Nachmittag um 5 Uhr 2,80 Meter. Seit heute früh 10 Uhr ist die Feuerwehr bei der großen Schleuse mit dem Aufreiß des Stroemes beschäftigt und hat auch schon mehrfach größere Schollen gesprengt, um so dem antkommenden Eise freie Bahn zu verschaffen.

d. Störche sind, wie polnische Zeitungen aus Kradowicz bei Stanislawowo mittheilen, 5 an der Zahl, bereits eingetroffen, und suchen auf den dortigen Scheunen Quartier.

d. In Danzig soll, wie die dortige „Gazeta Gdanska“ mittheilt, ein polnischer Vorwärtverein mit beschränkter Gastpflicht für Danzig und Umgegend gegründet werden.

(Fortsetzung des Lokalen in der Beilage.)

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 4. Februar. [Telegr. Spezialbericht der „Pos. Ztg.“] Abgeordnetenhaus. (Schluß.) Bei dem Titel Ministerium des Innern beschwerte sich Abg. v. Czarlinski (Pole) über die geringere Zulassung polnischer Arbeiter und über die neuerlichen Ausweisungen. Minister Herrfurth meinte aber, daß der Arbeitermangel nachgelassen habe, was aber die Abgg. Schalscha und Dppen bestritten.

Berlin, 4. Febr. [Telegraphischer Spezialbericht der „Posener Zeitung.“] Der Reichstag nahm in der dritten Lesung das Handelsabkommen mit Spanien und in erster und zweiter Berathung den Weltpostvertrag an, nachdem hierzu Staatssekretär Stephan eingehend die Bedeutung der Fortschritte im Verkehr geschildert hatte. Nach der Annahme des zweiten Nachtragsatzes in dritter Lesung wurde die Berathung des Etats der Reichsjustizverwaltung begonnen. Hierzu regte Abg. Schröder eine beschleunigte Kommissionsberathung für das bürgerliche Gesetzbuch an, die aber der Staatssekretär Bosse nicht für thunlich erklärte. Als Zeitpunkt der Fertigstellung der Redaktion bezeichnete er 1895, sodaß das Gesetzbuch hoffentlich Ende des Jahrhunderts in Kraft treten wird. Morgen Fortsetzung der Etatsberathung.

Thorn, 4. Febr. [Privat-Telegramm der „Pos. Ztg.“] Um 3 Uhr ist der Eisgang auf der Weichsel eingetreten.

**Familien-Nachrichten.**

Die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens zeigen hoch erfreut an  
1596  
Bosen, den 3. Februar 1892.  
**Hermann Kissling**  
und Frau. 1596

**Auswärtige Familien-Nachrichten.**

**Verlobt:** Frä. Hedwig Botz mit Bürgermeister, Leutnant der Reserve, Eugen Kasperowski in Rosenbergr. Frä. Wally Bripnow in Grätz mit Assessor Reinhardt Scholz in Nordhausen. Frä. Käthe Eggbrecht in Hafensier mit Amtsrichter Dr. Biezens in Sudenwalde.

**Geboren:** Ein Sohn: Rittmeister Otto Freiherr v. Spörcken in Verbitsdorf. Ersten Staatsanwalt v. Windler in Köln. Dr. C. Holm in Hamburg. Hauptmann Bavel in Schweidnitz.

Eine Tochter: Frä. Eduard von Robert in Charlottenburg. Regierungsrath Assessor Singelmann in Breslau.

**Gestorben:** Wirklicher Staatsrath Alexander v. Bösch in St. Petersburg. Dr. med. Karl Gerster in Regensburg. Prof. Carl Tollmann in Bielefeld. Hr. Jacques Grandpré in Bonn. Gutsbesitzer Hubert Dffermann in Engelskirchen. Gutsbesitzer Karl Grundmann in Malten. Gutsbesitzer Gottlieb Röhlig in Thonitz. Direktor Konrad Schwauz in Charlottenburg. Königl. Kammer-Musiker a. D. August Schubert in Berlin. Frau Oberhofmeisterin Julie v. Stenglin, geb. v. Biegelar in Altenburg. Frau Elise te Kloot, geb. de Vob in Altona. Frau Oberförster Marie Josepha Hintelen, geb. Grundhoff in Waderborn.

**Vergnügungen.**

**Stadttheater Bosen.**

Freitag, den 5. Februar 1892:  
**Auf vielseitiges Verlangen: Die Großstadtluft.**  
Schwan in 4 Akten von Oscar Blumenthal u. G. Kadelburg.  
Sonabend, den 6. Februar 1892:  
**Zum 2. Male:**  
**Mit gänzlich neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen.**  
**Silvana das Waldmädchen.**  
Große romantische Oper in 4 Akten 1599  
von C. M. v. Weber, bearbeitet von F. Vanger.

**Volkliedertafel.**

Sonabend, den 6. Februar 1892:  
**Masken- u. Narrenfest**  
im Hotel de Saxe.  
Abends 8 Uhr. 1602  
Einführung von Gästen durch Mitglieder gestattet.  
**Der Vorstand.**

**Deutsche Schaumweine**

v. Math. Müller, Eltville,  
v. Kloss u. Förster, Freyburg,  
v. Erwald u. Co., Ridesheim,  
v. Kupferberg u. Co., Mainz,  
v. Wachenheimer Act.-Ges.  
**Französische Champagner**  
v. E. Mercier u. Co., Eprenay,  
v. Bi-Bara, Ayzé,  
v. Bisinger u. Co., Ayzé,  
v. Charles Heidsieck, Reims,  
v. Heidsieck u. Co., Reims,  
v. Moët u. Chandon, Eprenay,  
v. L. Roederer, Reims,  
v. Wommery u. Greno, Reims

1568 offerirt  
**Carl Ribbeck,**  
Bosen, Weingroßhandlung.

**Bettfedern-Handlung,**  
Bettfedern-  
Reinigungs-Anstalt.  
**Gebrüder Jacobi,**  
Büttelstraße 15. 1598

**Gessler's echter Altvater.**

Ueberall zu haben.  
Alleinige Fabrikation: **Siegfried Gessler, Liqueurfabrik,**  
Jägerndorf, Oesterreich. 11784

**Nachruf.**

Am 1. Februar d. J. verschied nach längerem Leiden der **Rechtsanwalt u. Königl. Notar,**  
**Herr Rochus Szurminski.**

Derselbe war während einer langen Reihe von Jahren Mitglied des hiesigen Magistrats.

Der Verewigte wirkte in diesem Amte mit regem Eifer und musterhafter Pflchtstreue. Wir betrauern in ihm nicht allein einen treuen ehemaligen Genossen gemeinsamer Wirksamkeit, sondern auch einen Mann von hervorragenden Charaktereigenschaften und einen lieben Freund.

Wir werden dem Entschlafenen allezeit ein treues Andenken bewahren. 1601

**Schildberg, den 3. Februar 1892.**  
**Der Magistrat**  
und die Stadtverordneten.

**Caffee's**

geröstet v. 1,40—2M.  
roh v. 1,10—1,60 M.  
Bei Entnahme von 5 Pfd. an ermäßigte Preise empfiehlt in besonders hervorragenden Qualitäten

**Jacob Appel.**

**ff. Bordeaux,**

**Burgunder, Rhein, Mosel, Italien, Span. und Portugies. Weine,**  
ff. alle Ober- u. Ungarweine, deutsche u. franz. Champagner offer. zu bill. Engröpreisen und garantirt reiner Qualität

**Adolf Leichtentritt,**

Weingroßhandlg. u. Weinstube,  
Ritterstraße 39. 1615

**Alte Drehbank, 2 bis 2 1/2 M.**  
Spitzen-Länge, durchbroch. Bett und Letztspindel, wird gesucht.  
1619 **Bressel, Birnbaum.**

**Pianos**

für Studium und Unterricht bes. geeign., kreuzs. Eisenbau, höchste Tonfülle. Frachtfrei auf Probe. Preisverz. franco. Baar oder 15—20 M. monatl. Berlin, Dresdenstr. 38. 15151  
**Friedrich Bornemann & Sohn,**  
Pianino-Fabrik.

**Die Selbsthilfe,**

treuer Rathgeber für alte und junge Personen, die sich geschwächt fühlen. Es lese es auch Jeder, der an Nervosität, Herzlopfen, Verdauungsbeschwerden, Hämorrhoiden leidet, seine aufrichtige Belehrung hilft jährlich vielen Tausenden zur Gesundheit und Kraft. Wegen Einföndung von 2 Mark in Briefmarken zu beziehen von **Dr. L. Kraus, Homöopath, Wien, Giselstrasse Nr. 11.** Wird in Couvert verschl. verschickt.

**Extrakt russische Matjes-Heringe,**

ganz vorzügl. Astr. **Caviar**  
empfehl 1604

**Jacob Appel.**

**Mieths-Gesuche.**

Eine Wohnung von 2 Zimmern, gut möbl., mit Frühstück, per sofort zu miethen gesucht. 1384  
Offerten sub A. D. 100 an die Expedition der Pos. Btg.

Ein evtl. auch 2 gut möblirte Zimmer sofort zu vermieten **Ritterstraße 34 III links.**

**Salzdorffstraße 8 I.**  
sind 3 Zimmer, Küche u. Nebengelass sofort zu verm. 1607

**St. Martin 20 III** zwei gut möblirte Zimmer sof. zu verm.

**Eine Wohnung,**

bestehend aus 4 Zimmern, Küche und Nebengelass ist **Wronkerstraße 1** vom 1. April zu verm.

**Paulikirchstraße 8, II. St.**  
5 Zim. u. Zubeh. u. Gart. p. 1. April z. verm. Näh. Bart rechts.

**Parterre-Sof-Wohnung,**  
3 Zimmer, Küche u. Nebengelass, zum 1. April zu vermieten 1594  
**Kleine Gerberstr. 3.**

2, 3 Zimmer, Küche, Zubehör, nahe der Ferscher Apotheke, wird von ruhigem Miether vom 1. April zu miethen gesucht. Off. m. Preisang. 130 postlag. Bosen.

**Stellen-Angebote.**

Jeden Freitag erscheint ein Verzeichniß von Stellen, welche an Inhaber von Zivil-Verordnungsscheinen zu vergeben sind; dasselbe kann täglich von 9 bis 1 Uhr im Haupt-Melde-Amt am Kanonenplatz eingesehen werden. 18222

Ein im Zeichnen und Projektbearbeitung **tüchtiger Techniker** gesucht. Tagegelber bis zu 7,50 Mark und Zurechtfertigen nach dreimonatlicher zufriedenstellender Thätigkeit. Lebenslauf mit Zeugnisabschriften zu richten an **Reimer,**  
Garnison-Bauinspektor,  
Gumbinnen.

Ein im Kassenwesen vollständig vertrauter junger Mann findet als **Kassengehülfe**  
zum 1. März cr. dauernde Stellung bei der **Königl. Kreisfasse zu Strelno.**  
Bewerberungsgesuche mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Beifügung von Abschriften der Beschäftigungs-Atteste sind an die obgenannte Kasse zu richten. Nur im Kreis-Kassensach erfahrene Bewerber können berücksichtigt werden. 1600

Tüchtige **Zuarbeiterinnen** für ein besseres **Putzgeschäft,** die auch Garniren können, werden gesucht. Offerten erbeten unter **„Putz“** postlagernd Bosen.

Das geehrte Publikum erlauben wir uns auf unsere

**Konzerte**

aufmerksam zu machen, welche aus Kompositionen der ersten Meister bestehen werden. 1613

Die Musikantisten

**S. Waniorek, Violinist und**

**J. Gorzelniaski, Pianist**

von dem **Kullack'schen** und dem Königl. Konservatorium in Berlin.

**Landwirthschaftlichen Vereinen,**

welche **Zuchtvieh aus Holland** zu beziehen wünschen, halte ich meine Firma angelegentlichst empfohlen.

**S. Kahn,**

**Magdeburg, Saffelbachtstr.**

**Größte Holländische Zuchtvieh-Handlung.**

**Formulare**

betreffend

**Invaliditäts- und Altersversicherung**

in Gemäßheit der Anweisung vom 20. Febr. 1890 (besondere Beilage zum Reichsanzeiger vom 8. März 1890).

A. **Arbeitsbescheinigung der unteren Verwaltungs-Behörde;**

B. **Beglaubigte Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers;**

C. **Krankheitsbescheinigung von Krankenkassen;**

D. **Krankheitsbescheinigung von Gemeindebehörden;**

ferner:

Verhandlung, betreffend die Anmeldung des Anspruchs auf Bewilligung einer Altersrente (4 Bg.)

und Verhandlung betreffend die Anmeldung des Anspruchs auf Bewilligung einer Invalidenrente (5 Bg.),

auf dem von der zuständigen Behörde vorgeschriebenen

Papier

sind vorräthig in der

**Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.**

(A. Röstel.)

**Transport- Unfall- und Glas- Versicherung.**

Die **Oberheinische Versicherungs-Gesellschaft in Mannheim** (Grundkapital 6 Millionen Mark, erste Emission 3 Millionen Mark mit 25 % Einzahlung) sucht einen **tüchtigen Posener** Klaververhältnissen vertrauten, in den **Rhederei- und Kaufmannskreisen** eingeführten **General-Vertreter** sowie einen mit Land und Leuten vertrauten **Inspektionsbeamten.**  
Gefl. Offerten sind sub chiffré A. H. 6730 bei Haasenstein & Vogler, A.-G. (Nathan L. Neufeld) Posen einzureichen, wo auch Meldungen für solche Plätze, an denen die Gesellschaft noch nicht oder nicht ausreichend vertreten erscheint entgegen genommen werden.

**Bordeaux-Weine und Cognacs.**

Die Firma **F. Calvet & Co.** in Bordeaux sucht zum Verkauf ihrer **eigenen Gewächse** einen bei der **Kundschaft gut eingeführten Vertreter.**  
Prima-Referenzen erforderlich.  
Gefl. Offerten an Herrn **Calvet** hauptpostlagernd in Berlin.  
**Mädchen zum Flaschenwaschen** nach sich melden. 1611  
**M. Stieler, St. Martin 26.**  
Jeder findet sof. Stellg. Ford. Sie Stellen-Courier, Berlin-Westend.

**Messina Haus**

sucht **Vertreter** für Verkäufe von Südrüchten, Olivenöl, Wismstein, Fruchtestenzen (eigner Preisreferenzen) u. Gute Referenzen sowie Zeit zum Besuche der Drogerien, Parfümerie-, Seifen-, Liqueur-, Bonbons- u. Fabriken erste Bedingung. Off. unt. **H. 01062** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Hamburg.** 1579

**Zur Konservierung des Feints**

**Zithholseife** gegen hartnäck. Flechten, rothe Hände u. s. w. St. 75 Bfg. **Bergmanns Pflanzmilchseife, Theerschwefel-, Birkenbalsam-, Sommersprossen- und Wafelin-Seife,** jedes St. 50 Bfg. **Sommersprossenwasser Fl. 1 M. Sandmandelklee** Dose 75 u. 50 Bfg. 1494  
**Rothe Apotheke, Markt 37.**

Für mein Manufaktur-, Fein- und Wäsche-Aussteuer-Geschäft suche per 15. Februar oder 1. März cr. einen jungen Mann mit guter Schulbildung, der der polnischen Sprache mächtig als

**Lehrling.**  
**S. Stein, Snowrazlaw.**

**Stellen-Gesuche.**

Eine alleinstehende Frau, welche fast 3 Jahre bei einem alleinstehenden Herrn die Wirthschaft geführt, sucht Stellung in Bosen vom 1. April cr. Adresse erbeten unter **U. 20** Snowrazlaw.

Ein junger Mann, 24 J. alt, gelernter Eisenhändler, der einfachen sowie doppelten Buchführung erfahren, sucht per 1. April in einem größeren Geschäft als **Buchhalter** dauernde Stellung. 1590

Gefl. Offerten unter Chiffre **U. 25** postlagernd Cottbus.

Eine tücht. Amme, eine perfekte Köchin, Wirthin und tüchtige Mädchen für alle Arbeiten sind sof. z. haben durch **M. Schneider, St. Martin 48.** 1612

Ein tücht. Fortmann, verh., energisch u. umsichtig, z. B. frei, sucht als Aufseher od. sonstg. ob ins Fach schlägt od. nicht, gleich wech. pass. Beschäftigung. 1585

Off. unt. **„Beschäftigung“** a. d. Expedition. 1585

Eine gute **Wäscherin** wünscht Beschäftigung in und außer dem Hause. Krakowska, St. Martinstr. 14, Hof. part.

**Gemeinde-Synagoge. Neue Betschule.**

Freitag, den 5. d. Mts., Nachm. 4 1/2 Uhr:  
**Schriffterklärung**

des Herrn Gemeinde-Rabbiners.

Es werden **französische Konversationsstunden** ertheilt Ritterstraße 38, II. Etg. 1492

**Stroh-Hüte und Florentiner** zum Modernisiren und Waschen werden jetzt schon angenommen bei **Wilh. Schwarz, Krämerstr. 17.**

**Sondurango-Wein** bei verschle- genleiden ärztlich empfohlen.

**Pepsin-Extrakt** (Verdauungsflüssigkeit) nach Vorschrift des Prof. Liebreich dargestellt.

**China-Wein** mit u. ohne Eisen. **Sagrada-Wein** (Tonisches Abführmittel) ärztlich empfohlen.

**Preise:** 1/2 Fl. 3 M., 1/2 Fl. 1,50 M. Probestasche 75 Pf. 1495  
Bei Entnahme v. 6 Fl. = 1 Fl. Rab.

**Rothe Apotheke, Markt 37.**

**Zur Konservierung des Feints**

**Zithholseife** gegen hartnäck. Flechten, rothe Hände u. s. w. St. 75 Bfg. **Bergmanns Pflanzmilchseife, Theerschwefel-, Birkenbalsam-, Sommersprossen- und Wafelin-Seife,** jedes St. 50 Bfg. **Sommersprossenwasser Fl. 1 M. Sandmandelklee** Dose 75 u. 50 Bfg. 1494  
**Rothe Apotheke, Markt 37.**

Auf mein neu erbautes Gasthausgrundstück mit 6 Morgen Acker (Feuerversich. 7800 Mark) beabsichtige ich zur I. Stelle ein **Darlehn von 3000 Mk.**

baldisst aufzunehmen bei pünktlicher Zinszahlung und bitte gefl. Offerten sub **Sch. A. 529** an die Exped. d. Btg. zu übergeben.

Geld findet Jedermann z. Hypoth. u. jed. Zweck bill. Ford. Stat. umjonst. Adresse **D. C. Berlin-Westend.**

**Damen** bess. Stände finden zur Niederkunft unt. streng. Diskretion lieb. Aufn. bei Geb. **Baumann, Berlin, Kochstr. 20.** (Wäber im Hause.)



Wahl schreibe das Gesetz städtischen Grundbesitz vor. Nun habe man seinerzeit den Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Justizrath Dr. Orlger, in dieses Amt gewählt. Der Wahl sei indes von dem Herrn Oberpräsidenten die Bestätigung versagt worden. Da die vorgeschriebene gesetzliche Bedingung der Wahlfähigkeit bei dem Gewählten deshalb nicht zutreffen soll, weil er nur Kuratier eines Grundstückes ist, das sich im Eigentum seiner Gattin befindet. Diese Wahlfrage habe die Rechtskommission eingehend beschäftigt und dieselbe sei der Meinung, daß schon der Nießbrauch eines Grundstückes zur Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften für die Wahlfähigkeit ausreicht. Die Rechtskommission schlage darum auch die Wiederwahl des Herrn Justizrath Dr. Orlger vor; gleichzeitig möge aber der Magistrat ersucht werden, bei dem Herrn Minister des Innern Beschwerde zu führen, falls die Wahl wieder nicht bestätigt werden sollte. Den Beschwerdeweg schon nach der ersten Ablehnung zu beschreiten, sei nicht möglich gewesen, weil man die vorgeschriebene vierzehntägige Frist habe verstreichen lassen. Nach Annahme dieses Antrages wird Herr Justizrath Dr. Orlger wiederum zum ersten Stellvertreter des ersten Abgeordneten zum Provinzial-Landtage gewählt.

Referent bittet noch, dem Herrn Oberpräsidenten bei der Ueberreichung des Wahlergebnisses die Gründe auseinanderzusetzen, aus welchen auch der Nießbrauch als den gesetzlichen Vorschriften entsprechend zu betrachten sei.

Stadtrath Dr. Gerhardt bittet um genauere Auskunft über die Anschauung der Rechtskommission über diese Rechtsfrage. Diese Auskunft wird von dem Vorsitzenden und dem Referenten erteilt.

Ueber die nun folgende Wahl von vier Vertrauensmännern behufs Feststellung der Listen der Geschworenen und Schöffen für das Jahr 1893 berichtet gleichfalls Stadtrath Jacobsohn. Es handele sich hier um die Feststellung der Listen der Geschworenen und der Schöffen in den Kreisen Posen und Grätz. Wie bisher seien für den Stadtkreis Posen 3 und für den Landkreis Grätz ebenfalls 3 Vertrauensmänner und außerdem je ein Stellvertreter zu wählen. Einem alten Brauche folgend, habe aber der Kreisstag Grätz auf sein Wahlrecht verzichtet und dies dem Stadtkreis Posen auch diesmal überlassen. Die Wahlkommission schlage die Wiederwahl der bisherigen Vertrauensmänner vor. Es seien dies für den Stadtkreis Posen die Herren Spediteur Warichauer, Kaufmann Lichtenstein, Kreis-Thierarzt Herzberg und Kaufmann Leitgeber und für den Kreis Grätz die Herren Kaufmann Seidel, Spediteur Schiff, Kaufmann Ferzykiewicz und Brauereibesitzer Julius Huger. Diese Vorschläge werden angenommen.

Es folgt die Wahl eines Mitgliedes für die Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission pro 1892/93. Referent ist Stadtrath Jacobsohn. In ihrer vorigen Sitzung habe die Versammlung den in diese Kommission gewählten Stadtrath Ligner von der Pflicht zur Annahme dieses Amtes dispensirt. Die Wahlkommission empfehle nun den Kaufmann Hermann Elkeles, in Firma Bernhard Jaffe.

Stadtrath Dr. Gerhardt bemerkt, die Ausführungsbestimmungen, die der Minister für die Einschätzungs-Kommission erlassen habe, gäben dem Vorsitzenden der Kommission das Recht, im Behinderungsfalle für ein Mitglied ein anderes zu ernennen. Wenn daher Herr Ligner einmal zum Mitgliede der Einschätzungs-Kommission gewählt sei, so möge man an dieser Wahl festhalten.

Stadtrath Bach bittet, die Wahl vorzunehmen, Herr L. sei wohl gewählt, habe die Wahl aber abgelehnt. Von einer Behinderung könne man hier darum nicht reden.

Stadtrath Ligner bittet die Angelegenheit zu erledigen und die getroffene Wahl dem Vorsitzenden der Einschätzungs-Kommission baldigst mitzutheilen, da die Sitzungen derselben heute schon begonnen hätten.

Stadtrath Fahlle erwähnt, die angezogene Instruktion des Ministers könne hier nicht in Betracht kommen, da sie nur ein Recht des Vorsitzenden der Kommission betreffe. Man müsse die Wahl des Mitgliedes vornehmen, weil man sich sonst der Gefahr aussetzen würde, zur Wahl aufgefordert zu werden. Und dem möge man doch vorbeugen. Herr Elkeles wird hierauf zum Mitgliede der Einschätzungs-Kommission gewählt.

Die Punkte zwei und drei der Tagesordnung müssen vertagt werden, weil sie in der Kommission noch nicht vorberathen sind.

Stadtrath Fontane bemerkt hierzu, es müsse im Publikum einen schlechten Eindruck machen, wenn Gegenstände mehrmals auf der Tagesordnung ständen, ohne erledigt zu werden. Er wolle daher die Bitte aussprechen, solche Gegenstände, deren baldige Erledigung nicht thunlich sei, lieber auf einige Zeit zu vertagen und nicht immer wieder auf der Tagesordnung erscheinen zu lassen.

Ueber die Bewilligung der Mehrausgaben bei Titel I Nr. 6, Titel I Nr. 9 und Titel III des Etats für die Waisenspflege pro 1891/92 berichtet Stadtrath Bach. Die Finanzkommission habe diese Sache noch nicht endgültig vorberathen. Der Etat sei in den angegebenen drei Nummern erheblich überschritten worden. Es seien eingestellt für Kleidung und Wasche 700 Mk., erforderlich gewesen 900 Mk., mit hin mehr 200 Mk., für Verpflegung seien 950 Mk. angelegt, erforderlich gewesen 2400 Mk., für außerhalb in Pflege befindliche Kinder seien statt 1600 Mk., wie vorgelesen, 2000 Mk. verausgabt.

Die bei Punkt 1 entstandene Mehrausgabe erscheine nicht genügend motivirt, dagegen sei diejenige für Pflege als berechtigt anzuerkennen. Die Ueberziehung des Titel III erkläre sich aus der Steigerung der außerhalb untergebrachten Kinder, welche 1888/89 13, 1889/90 23 betragen haben, und jetzt auf 43 gestiegen sei.

Stadtrath Dr. Lewinski bittet mit Rücksicht darauf, daß diese Sache in mehrfacher Hinsicht noch einer genaueren Prüfung bedürfe, sie an die Finanzkommission zurückzuverweisen. Referent schließt sich dem Wunsche des Stadtrath Dr. Lewinski an, worauf die Zurückverweisung ausgesprochen wird.

Stadtrath Jacobsohn bemerkt im Anschluß hieran, es sei wiederholt tadelnd hervorgehoben worden, daß über die Vorlagen zu ausgedehnte Verhandlungen geknüpft werden. Hier liege der Fall vor, daß Gegenstände wegen mangelnder Vorberathung von der Tagesordnung hätten abgesetzt werden müssen. Es sei daher erwünscht, zu erfahren, weshalb diese Gegenstände in der Finanzkommission nicht erledigt worden seien.

Stadtrath Bach erwidert, die der Finanzkommission zur Vorberathung überwiesenen Sachen erforderten vielfach umfangreiche Erörterungen, die im Interesse der Sache nicht umgangen werden könnten. Den Vorwurf der Verschleppung gegen die Finanzkommission müsse er zurückweisen. Die Finanzkommission arbeite gerade in diesem Jahre mit großem Eifer.

Stadtrath Jacobsohn erwidert, man möge die Vorlagen der Versammlung erst dann unterbreiten, wenn dieselben spruchreif vorberathen seien.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung zwecks Festsetzung eines Ortsstatuts, betr. die Erhebung der Hundsteuer im Bezirk der Stadt Posen. Der Vorsitzende wiederholt kurz die bisherigen Verhandlungen über diesen Gegenstand. Es werde sich heute zunächst darum handeln, in die Berathung über die vorgeschlagenen Abänderungen des Statuts einzutreten, die sich auf die §§ 3 und 5 beziehen, welche die Steuerbefreiung mittelbarer Personen betreffen. Hierauf berichtet Stadtrath Wollburg über diesen Gegenstand. Derselbe weist zunächst darauf hin, daß die prinzipielle Frage nach dem Steuerfusse bereits dahin entschieden worden sei, daß die Hundsteuer auf 15 Mk. jährlich bemessen bleiben solle. Der Antrag aus der Versammlung, sie auf 20 Mk. zu erhöhen, sei zurückgezogen worden. Im Uebrigen erschienen ihm insbesondere noch einige redaktionelle Aenderungen des Entwurfs nöthig, weshalb er vorschläge, das ganze Statut noch einmal durchzugehen. Referent bringt nunmehr die einzelnen Paragraphen zur Verlesung, und werden dieselben mit einigen redaktionellen Aenderungen angenommen. § 3 enthält die Bestimmungen über die Zulässigkeit der Steuerfreiheit. Diese Steuerfreiheit soll, wie die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden beschließt, aber nur auf Grund eines beim Magistrat schriftlich gestellten Antrages gewährt werden. Zu einer längeren Besprechung führt auch § 6, der sich auf die Besteuerung der Militärpersonen gehörigen Hunde bezieht. Es soll hier die Bestimmung des alten Regulativs übernommen werden. Danach sollen aktive Militärpersonen nach wie vor zur Entziehung der Hundsteuer herangezogen werden, und es soll diese Steuer auch ferner an die Kommandantur abgeführt werden.

Stadtrath Dr. Landsberger bringt hier die von dem Stadtrath Friedlaender angeregte Resolution zur Sprache. Dieselbe will den Magistrat ersuchen, gemeinsam mit anderen Kommunen eine Petition an die obere Militärbehörde zu richten um Aufhebung der Bestimmungen vom Jahre 1829 über die Steuerfreiheit der Hunde von Militärpersonen. Der Antragsteller begründet diese Resolutionen. Die bis jetzt an die Kommandantur abgeführte Summe aus der von Militärpersonen gezahlten Hundsteuer habe 800 Mk. betragen. Bei der erhöhten Steuer würde man auf 1200 Mk. kommen. Es liege kein ersichtlicher Grund vor, diese Summe zurückzuerstatten. Er empfehle daher die Resolution zu beschließen.

Stadtrath Herzberg erhebt darüber Beschwerde, daß geduldet werde, daß Hunde, welche zur Bewachung von Grundstücken gehalten würden, durch ihr Wollen in den Nächten die benachbarten Bewohner stören. Es sei das ein arger Unfug, und man solle eine Bestimmung in das Statut aufnehmen, welche diesen Unfug unter Strafe stelle.

Stadtrath Dr. Gerhardt erwidert, diese Belästigung unterliege bereits einer polizeilichen Bestimmung, auf Grund welcher mit Strafen vorgegangen werden könne. Durch die Aufnahme einer Strafbestimmung in das Statut würde man in das Recht der Polizei eingreifen.

Stadtrath Dr. Landsberger: Herr Friedlaender habe in der vorigen Sitzung noch einen zweiten Punkt angeregt, der ihm ebenfalls wichtig genug erscheine, um hier erwähnt zu werden. Er betreffe die im § 11 vorgesehene Bestimmung über das Verheimlichen der Hunde. Außer der festgesetzten Strafe werde verlangt, verheimlichte Hunde zu konfiszieren. Diesen Antrag des Herrn Friedlaender könne er indes nicht befürworten. Stadtrath Dr. Gerhardt erwidert, die Durchführung dieser Bestimmung ergebe sich von selbst; wenn die verwickelte Strafe nicht bezahlt werden könne, müsse dem Besitzer der Hund genommen werden.

Zu § 8, Absatz 3 beantragt Stadtrath Dr. Landsberger die Bestimmung, wonach Besitzer von Hunden in eine Strafe bis zu 30 Mk. verfallen können, wenn sie die Erneuerung abhandeln

gekommener Marken nicht beantragen, zu streichen. Dieser Antrag wird abgelehnt. In der Abstimmung wird schließlich das gesammelte neue Ortsstatut über die Erhebung der Hundsteuer in der beschlossenen Fassung angenommen.

Zu der von dem Stadtrath Friedlaender in der Kommission für Vorberathung des Statuts beantragten Resolution erklärt Stadtrath Dr. Gerhardt, der Magistrat sei der in dieser Resolution behandelten Frage bereits näher getreten, und er habe in Anbetracht dessen, daß dieselbe in der Kommission angenommen ist, beschlossen, ihr Folge zu geben und mit anderen Kommunen zu diesem Zwecke in Verbindung zu treten.

Stadtrath Dr. Lewinski weist darauf hin, in der Militär-Kommission des Reichstages sei gegenüber dem Verlangen, die Steuerfreiheit für Militärpersonen aufzuheben, geltend gemacht worden, daß bei den Truppen Hunde nicht allein zum Vergnügen gehalten würden; man verfolge vielmehr den praktischen Zweck, sie im Kriege als Vorposten- und Spürhunde zu verwenden. Bei solchem Einwande erscheine es zweifelhaft, ob durch das beabsichtigte Vorgehen irgend etwas zu erreichen sei. Die Resolution wurde hierauf angenommen.

Im Anschluß hieran berichtet Stadtrath Kirsten noch über die Einlösung der Rechnung für die Hundsteuer pro 1891/92. Es betragen hier die Einnahmen 9157 Mk., die Ausgaben 6891 Mk., sodaß ein Bestand von 466 Mk. verblieben ist. Schluß der Sitzung um 7 Uhr.

## Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

(Nachdruck der Original-Berichte nur mit Quellenangabe gestattet.)

**II Bromberg, 4. Febr.** [Gegen den Schulgesetzentwurf.] Gestern Nachmittag hat im Sessionszimmer des Magistrats zwischen Mitgliedern desselben und Angehörigen des Landkreises Bromberg, an ihrer Spitze Herr Landrath v. Unruh, eine vorläufige Besprechung über die Stellungnahme gegen den Volksschulgesetzentwurf stattgefunden. Die Vertreter des Landkreises Bromberg — Großgrundbesitzer und die Bürgermeister der Städte des Landkreises — gehören sämtlich der konservativen Partei an; sie haben sich aber alle gegen den Entwurf und damit für Beibehaltung der Simultanschulen erklärt. Es wurde beschlossen, gemeinsam eine große Volksversammlung anzuberaumen und zu derselben sämtliche Wähler des Land- und Stadtkreises Bromberg einzuladen. Die Versammlung wird am nächsten Sonntag im Schützenhause stattfinden.

**II Bromberg, 2. Febr.** [Der neue Schulgesetzentwurf,] welcher gegenwärtig dem Abgeordnetenhaus zur Berathung vorliegt, hat auch hier, wie überall im Lande, die Gemüther aufgeregt, — in unserer Stadt deshalb besonders, weil, wenn dieser Entwurf Gesetz wird, die hiesigen städtischen Volksschuleinrichtungen, denen das Prinzip der Simultanschulen zu Grunde liegt, gar arg leiden würden. Ohne weiter hierauf einzugehen, wollen wir nur kurz bemerken, daß im Schoße der städtischen Körperschaften diese Angelegenheit bereits Veranlassung zur Berathung gegeben hat und daß in nächster Zeit eine öffentliche Kundgebung ähnlich wie in anderen Städten erfolgen wird. Leider ist es zu bedauern, daß unser Wahlkreis durch einen konservativen Abgeordneten, unseren früheren Landrath v. Derken, vertreten wird. Wenn derselbe aber konsequent sein will, so muß er gegen den Entwurf seine Stimme abgeben. Er ist es gewesen, der im Landkreise Bromberg, wo irgend es geboten erschien, die katholischen und evangelischen Schulen vereinigte und in paritätische (Simultan-) Schulen umwandelte. Und diese Schulen, sie haben sich bewährt und nicht wenig dazu beigetragen, daß zwischen den Evangelischen und Katholischen oder was fast gleichlautend ist, den Deutschen und Polen ein besonders gutes Einvernehmen herrscht. Dieses gute Einvernehmen würde zerstört werden, wollte man an dieser Einrichtung rütteln. Was im Landkreise Bromberg in Bezug auf diese Schuleinrichtungen geschehen ist, ist auch in anderen Kreisen der Provinz u. zur Ausführung mit gleichem Erfolg gelangt. Das mögen sich die konservativen Abgeordneten unseres Ostens gefälligst merken.

**II Bromberg, 4. Febr.** [Neues Gesangbuch. Gustav-Adolf-Verein. Selbstmord.] In der gestrigen Sitzung des Gemeindevorstandes stellte nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten der Vorsitzende, Superintendent Saran, der Versammlung mit, daß das in der Gemeinde gebrauchte Westpreussische Gesangbuch fast vollständig vergriffen sei aber von der Verlags-handlung nicht wieder neu aufgelegt werde, weil in Westpreußen ein neues Provinzial-Gesangbuch eingeführt ist. Es liege daher die Nothwendigkeit vor, auch bei uns ein neues Gesangbuch einzuführen, wozu sich das in neuer verbesserter Auflage befindliche Posener Gesangbuch empfehle. Der Beschluß hierüber soll in nächster Sitzung gefaßt werden, in welcher Professor Schmidt ein Gutachten über das neue Buch abgeben wird. — Der Vorstand des Posener Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung hat

„Lassen Sie uns ruhiger werden“, sagte sie und nahm die Pistole vom Boden auf. Sie legte sie behutsam in das Etui und schloß den Deckel. „Ein jämmerlicher Ausweg“, ihr Ton klang furchtbar verächtlich, „wenn eigene Schuld Berge aufstürtzt, die abgetragen werden müssen, diese Sorge anderen zu überlassen und sich selbst durch einen kurzen Vernichtungsakt aus der Verantwortung zu ziehen. Der Muth, mit einem kleinen Druck des Fingers das Hirn auszulöschen, ist nicht goß; aber mit Ernst und Geduld zu sühnen, was man verbrochen, erfordert freilich einen Mann. — Und ein langes Leben in körperlicher und geistiger Gesundheit erfordert kes, das man sich zu erhalten streben sollte, um — um ein Schuft zu bleiben.“

Leo war emporgesahren. Er zuckte zusammen, als habe ihn jetzt das tödtende Blei getroffen. Hetty sah ihm fest in die Augen, ihre Züge hatten etwas eisern Strenges, sie erschien ihm wie eine Minerva, die den Feigling vernichtet.

„Ich habe Sie gern gehabt, Leo, und eine Zeit lang geglaubt, daß ich an ihrer Seite leben könnte“, fuhr sie fort. „Es war eine Täuschung — kein Schatten eines Mißverständnisses hatte an dieser Stunde. — Dieses Gefühl erwerbs aus der Achtung ihrer Person. Ich sah in Ihnen den gutgearteten, nobel denkenden, durch die Verhältnisse zu leichter Auffassung des Lebens angeleiteten Menschen, ich sprach Ihnen jede Falschheit, Heuchelei und Niedrigkeit der Gesinnung ab. Jetzt — wäre ich einen Moment später hier eingetreten, so wäre Ihr Andenken mir auf ewig besudelt gewesen, ich hätte des Feiglings, des Gewissenlosen nie mehr, oder nur mit Abscheu gedacht.“

„Hetty! Sie sind sehr grausam, sehr hart.“

„Sie haben, Dank sei es der Vorsehung, noch Zeit und Frist, diesen Eindruck zu verwischen.“

„Sie können sich in meine Lage nicht hineindenken, können nicht alles wissen, was soll ich Elender noch mit meinem verkehrten Leben!“

„Es aus dem Elend und den verkehrten Bahnen emporheben — Leo, besinnen Sie sich, Sie sind 28 Jahre alt, haben gesunde Glieder, einen klaren Kopf — kommen Sie, trinken Sie ein Glas Wein, Sie Undankbarer, ziehen Sie einmal einen Vergleich zwischen sich und einem unglücklichen Verküppelten, dem jede freie Bewegung versagt ist.“ Sie hatte ein Glas mit dem Burgunder gefüllt, von dem er am Morgen vor seinem Ritt zur Stärkung, zur Betäubung genommen, und reichte es ihm. Sie sah sehr ernst aus und bleich wie Marmor, unter ihren Augen lagen dunkle Ringe.

„O Hetty! Wenn ich mir vorstelle, daß es hätte anders sein können zwischen uns.“

„Täuschen Sie sich nicht, wir beiden hätten nie zu einander gepaßt, und möge es Ihnen jetzt ein Trost sein: das haben Sie nicht verfehlt. Aber trinken Sie, sammeln Sie sich und lassen Sie uns einmal einen vernünftigen Blick auf die Zukunft werfen. — Da Sie haben Briefe geschrieben — an Ihre Mutter — auch an mich. Ich darf wohl das Verhältniß des Todten öffnen, denn dieser Leo, der das schrieb, ist todt — aber ein anderer soll leben, besser und weiser leben als dieser in den Strudeln Versunkene.“ Sie zerriß das Couvert und überflog die Zeilen. „Worte — alte, verbrauchte, in-

haltslose Worte — Sie waren nicht bei Verstande, als Sie das schrieben, Leo, — es ist wahrhaftig Ihrer nicht würdig.“ Sie hielt das Papier an das Licht und warf die verholzten Reste in den Kamin. Können Sie sich einmal in die Situation hineinversetzen, die hier gewesen sein würde, wenn — wenn ich einen Augenblick später kam?“ fuhr sie fort. „Wenn fremde Hände Ihre Papiere durchwühlten, Ihre Fehler, Ihre Schwächen an das grelle Tageslicht gezogen hätten, und die Schmach und Schande die Häupter der Unschuldbigen traf, die Häupter derjenigen, welche Sie liebten, und die für Sie gedacht und gelitten? Ich will das Bild nicht weiter malen, denn es ist furchtbar, und Sie erschauern selbst davor. Nun bin ich allein Zeugin, — um Ihrer Mutter, um Pauls willen trotz ich allem, was die Welt mir über mein Hiersein anheften könnte, — wollen Sie mir, mir allein diese Papiere, den Einblick in Ihre Sie selbst vernichtenden Handlungen preisgeben? Wir müssen sehen, was zu thun ist.“

Leo trank den Wein, er hatte heute noch fast nichts genossen und fühlte sich plötzlich zum Sterben matt. Dann erhob er sich schwankend und schloß ein Schubfach auf, in dem verschiedene Schuldverreibungen, auch ein von ihm selbst verfaßtes Schuldregister lag, das alle seine Verpflichtungen anführte. Er hatte es im Hinblick auf seinen Tod zusammengestellt, damit andere die Uebersicht erhielten, die Dinge abzuwickeln. Mit beschämender Klarheit drängte sich dieser Gedanke seinem wüsten Hirn auf.

Hetty durchblätterte mit geschäftsmäßiger Sicherheit die Papiere.

(Fortsetzung folgt.)



